

Der Beschluss, immer weniger russisches Gas einzukaufen, vor allem aber der russische Gegenschlag, selbst immer weniger davon nach Deutschland zu liefern, stellt die Kombination aus Marktwirtschaft und Planwirtschaft, die diesen Sektor der nationalen Ökonomie auszeichnet, vor einzigartige Herausforderungen. Immer schon greift der Staat in diesen Sektor mit einer doppelten Zielsetzung ein: Erstens muss die materielle Versorgung mit diesem Stoff sichergestellt werden – als Produktionsfaktor der Wirtschaft und als Konsumgut von Privatleuten fürs Heizen und Kochen. Die stoffliche Versorgung soll zweitens zu Preisen abgewickelt werden, die die Konkurrenzfähigkeit deutschen Kapitals im Weltvergleich sichern und dafür taugliche deutsche Löhne nicht überfordern.

Das doppelte Ziel von materieller Versorgung des Standorts zu rentablen Preisen zu verwirk-

Unterstützung, die sie brauchen. In diesem Sinn haben wechselnde deutsche Regierungen in produktiver Zusammenarbeit mit dem russischen Staatschef dafür gesorgt, dass über Nord Stream 1, »die größte Unterseepipeline der Welt«, und weitere Röhren Deutschlands Gasbedarf gesichert und seine Kapitalisten für ihren Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten bestens gerüstet waren.

Schaden und verpflichtet

Damit ist nun Schluss. Jetzt geht es um die umfassende Schädigung des ehemals »strategischen Partners«. Russlands wichtigste Einnahmequelle in Europa soll zum Versiegen gebracht werden – und das ziemlich prompt: »Deutschland reduziert Energieabhängigkeit von Russland in hohem Tempo«, so dass am Ende des 1. Quartals 2022 der Anteil russischen Gases von 55 Prozent am Gesamtverbrauch auf 40 Prozent gesunken ist. Bis Ende des Jahres

lächerlich gemacht. Von ihrem Radikalismus im Wirtschaftskrieg lässt sich die Regierung durch nichts abbringen – weder durch den stofflichen Versorgungsnotstand noch durch die Gefahr seiner weiteren Verschärfung und erst recht nicht durch die Preisexplosion, die schon die Ankündigung des Wirtschaftskriegs losgetreten hat. In Antizipation zukünftiger Versorgungsnot haben die Gashändler nämlich ihre Freiheit zur Preisgestaltung genutzt und spekulativ die Gaspreise in die Höhe getrieben.

Die Wirkungen, die die Sanktionen gegen Russland im eigenen Land entfalten, werden nicht kleingedet. Der Wirtschaftsminister spricht von der »Gefahr des Zusammenbruchs des ganzen Energiemarkts« (Habeck), der Kanzler erkennt die starke Belastung seines Volkes durch die steigenden Gaspreise an. Aber weil die Sanktionen gegen Putin unhinterfragbar sind, sind es nicht die Sanktionierer, sondern ist es Putin, der Deutschland in diese »Gas-Krise« stürzt.

Die Regierung schaltet sich in die Ersatzbeschaffung des Grundstoffs ein. »Flankiert durch politische Gespräche« und »Absicherung« werden die privaten Gasimporteure ermuntert, überall auf dem Weltmarkt, wo sie fündig werden, Flüssiggas zusammenzukaufen. Damit werden die durch die Spekulationen der Gashändler bereits erhöhten Preise weiter in die Höhe getrieben. Vom Erfolg der privaten Einkaufstour macht der Wirtschaftsminister sich aber nicht abhängig. Er lässt den sogenannten Marktgebietsverantwortlichen Trading Hub Europe (THE) – einen Zusammenschluss von Gasnetzbetreibern, den die Bundesregierung jetzt mit weiteren hoheitlichen Funktionen betraut – mit Einräumung einer Kreditlinie von 15 Milliarden Euro auf dem Weltmarkt Gas aufkaufen und Deutschlands Gasspeicher befüllen. Mit einem Gasspeichergesetz verschafft er sich zudem eine neue Handhabe, das Geschäft der Gasimporteure an den Zweck der Versorgungssicherheit zu binden, der diesem äußerlich ist: Sie werden verpflichtet, zu bestimmten Stichtagen eine vorgeschriebene Füllmenge ihrer Gasspeicher zu garantieren. So greift der Staat in das Geschäft der Versorgungsunternehmen ein, die sonst die Speicher als Zwischenlager für ihre Preiskalkulationen benutzen. Zwar waren sie auch bisher schon zur Gewährleistung einer sicheren Gasversorgung verpflichtet,² konnten dies aber allein durch die Vorlage von Importverträgen nachweisen. Angesichts der drohenden Engpässe will man sich jetzt nicht mehr auf den Geschäftssinn der Privaten verlassen.

Fördern und fordern

Die von der Regierung im Zusammenspiel mit den Spekulanten verursachte Preistreibeerei tut ihre Wirkung, und zwar so, dass die eigentlich angestrebte Sicherstellung der Energieversorgung auf neue Weise in Frage gestellt wird. Gasimporteure, die für den Ausfall billigen russischen Gases auf dem Weltmarkt Ersatz beschaffen müssen, drohen wegen der explodierenden Marktpreise und gleichzeitiger Bindung an Verträge mit ihren Kunden Verluste in einem ruinösen Umfang. Mit dem marktwirtschaftlichen Aus dieser Unternehmen entfällt auch ihre Funktion für die Bereitstellung der notwendigen Gasmenge. Die Regierung sieht sich deshalb zu weiteren Eingriffen genötigt. Weil mit Uniper eines der größten europäischen Gasunternehmen, das mit russischem Gas in gesicherter Menge den Energiebedarf eines Großteils der deutschen Wirtschaft und kommunaler Energieversorger bedient hat, vor der Pleite steht, fängt der Staat entgegen der marktwirtschaftlichen Rechnung – der finnische Eigner des Unternehmens will den unrentablen Geschäftszweig abstoßen – das Unternehmen auf. »Wir lassen nicht zu, dass ein systemrelevantes Unternehmen wie Uniper fällt und damit die Versorgungssicherheit in Deutschland gefährdet wird.« (Habeck am 22.7.22, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)

Ein Staatskredit soll die Geschäftsfähigkeit des Unternehmens retten, so dass sich die Energieversorgung der Gesellschaft als Wirkung des kapitalistischen Geschäfts wieder einstellt, das in dieser Funktion gerade gescheitert ist. Das geht freilich nicht ohne erheblichen finanziellen Aufwand. Mit schon wieder 15 Milliarden Schulden steigt der Staat bei Uniper ein und finanziert erst einmal dessen gesammelte Verluste. Das laufende Geschäft, das dem Konzern und einer Reihe anderer Gasimporteure weitere Milliardenverluste einträgt, ist damit allerdings nicht gesichert, was den nächsten Akt staatlicher Versorgungssicherung hervorruft:

Deutschland kriegt die Krise

Gasumlage, Energieknappheit und Fragen der Gerechtigkeit. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland stellt Staat und Kapital vor Probleme. **Von Theo Wentzke**

lichen, überlässt der Staat privaten Energiehändlern und -importeuren, die damit drittens ihr Geschäft machen sollen. Für die ist die Versorgung der Gesellschaft mit Gas eine Gelegenheit, ihren Reichtum zu mehren, andererseits konfligiert das Gebot gesicherter Versorgung mit der freien Kalkulation von Mengen und Preisen, die ihr Geschäft braucht. Den Widerspruch zwischen dem privaten Geschäftssinn und seinem Versorgungsauftrag bearbeitet der Staat mit einer besonderen Aufsicht über diese Branche. Ein kompliziertes Geflecht von gesetzlichen Vorschriften und finanziellen Anreizen ringt der Gewinnmaximierung der beteiligten Firmen das Zusammenfallen von Versorgungssicherheit und Billigkeit des Grundstoffs ab.

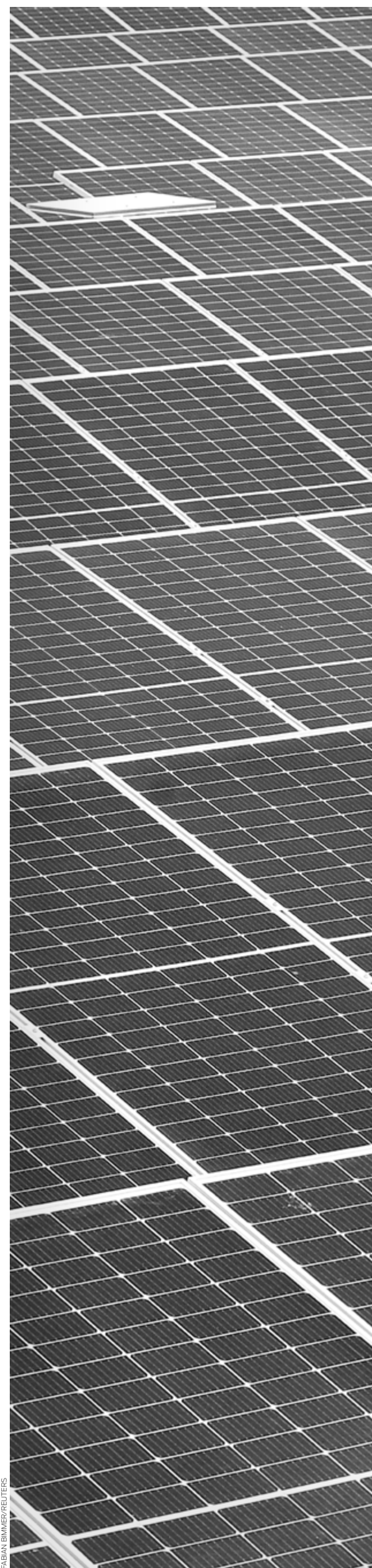
So werden über eine Regulierungsbehörde die Preise kontrolliert, die die Netzbetreiber den Netzbeneutzern berechnen; die natürlichen Monopole der Netze dürfen nicht missbraucht werden. In diesem Sinn geht das Kartellamt auch gegen Verträge vor, die lokale oder regionale Gasverteiler langfristig und vollständig an einen Großlieferanten binden. Die Konkurrenz, die auch in diesem Sektor herrschen soll, wird staatlich erzwungen, damit sie marktwirtschaftlichem Sachverstand zufolge selbstständig zu niedrigen Preisen führt. Außerdem wird eine Börse für Termin- und Spotmarktgeschäfte eingerichtet, an der Handel mit freien Gasemengen zusätzlichen Preisdruck erzeugen soll. Weil sich ferner vieles energiepolitisch Notwendige vom Unternehmerstandpunkt aus nicht rechnet, sondern als überflüssiger Kostenaufwand erscheint, werden Netzbetreibern und Versorgungsunternehmen bezüglich Sicherungssystemen, Umweltschutzmaßnahmen, alternativer Technologien zur Gasgewinnung usw. jede Menge Auflagen gemacht. Und damit die das unternehmerische Streben nach Wachstum nicht beschränken, reizt der Staat ihre Erfüllung mit Steuernachlässen und Zuschüssen an.

So werden mit viel finanziellem und bürokratischem Aufwand in normalen Zeiten Staatsauftrag und Geschäftsinteresse in ihrem Widerspruch zusammengebracht. Beides geht sogar widerspruchslös zusammen, wo es darum geht, dass Unternehmen aus dem Ausland Gas beschaffen. Hier steht der Staat bedingungslos hinter seinen »Energieriesen«, weil die gerade mit ihrer Marktmacht den ausländischen Lieferanten billige Preise und Sicherheiten abverlangen oder sich selbst in die Förderung und Anlieferung der benötigten Energieträger einkaufen. Dabei erhalten sie die politische

will man bei 30 Prozent gelandet sein. Für 2027 ist das endgültige Ende deutscher »Abhängigkeit« – so heißt der Nutzen, den man gehabt hat, wenn man den Nutzen auf der anderen Seite zerstören will – ins Auge gefasst.

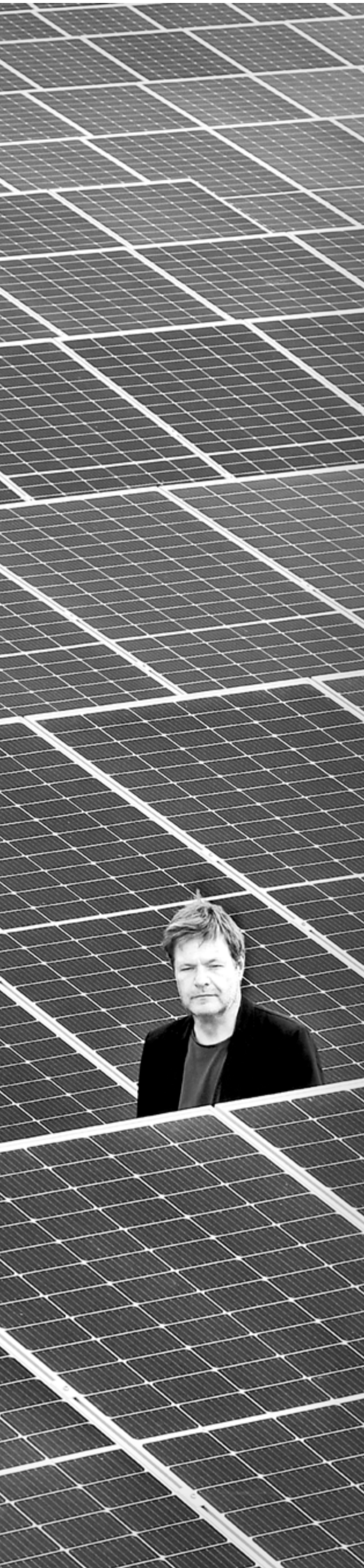
Bis dahin ist es allerdings Putins Pflicht und Schuldigkeit, sich passgenau in die fortschreitend abnehmende Nachfrage einzufügen und uns vor dem Absturz ganzer Produktionsketten, Arbeitslosigkeit usw. zu bewahren. Die Akteure des Wirtschaftskriegs führen mit ihrer Kampfmaßnahme selbst die Mangellage in der Energieversorgung herbei und gestehen das auch ein, wenn sie sich dafür loben, »unmittelbar nach Kriegsbeginn Aktivitäten aufgenommen zu haben, um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern und gleichzeitig (!) die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren.«¹ Putin soll sich glatt als Erfüllungsgelhilfe des Wirtschaftskriegs gegen ihn bewähren und soviel Gas und solange liefern, wie es zu Deutschlands Kriegsleitfaden passt: »Wir müssen uns Schritt für Schritt aus der Abhängigkeit von russischem Gas befreien. Nur so können wir sicherstellen, dass die Sanktionen Russland mehr schaden als uns selbst.« (Robert Habeck)

Wenn Gasprom der zugeordneten Rolle nicht ganz entspricht und die Durchleitungsmenge in Nord Stream 1 stufenweise drosselt, gibt sich die Regierung empört. Jetzt ist es Russland, das einen »hybriden Krieg« (Annalena Baerbock) entfacht und »Gas als Waffe« einsetzt. Die Deutschen verlangen nicht nur die Respektierung ihres einseitigen Rechts auf Wirtschaftskriegsführung, sondern ignorieren auch offensiv die Botschaft, die in der dosierten russischen Vergeltung steckt: Das Drosseln und Wiederhochfahren der Gaszufuhr unter Verweis auf technische Probleme und das sanktionsbedingte Fehlen einer Turbine signalisieren nämlich den Willen, weiterhin ein im Prinzip verlässlicher Lieferant zu sein und die gedeihlichen Energiebeziehungen zu den Deutschen nicht auf unabsehbare Zeit zu kappen. Diese auf Deeskalation zielende Heuchelei der Russen wird von Wirtschaftsminister Habeck als leicht zu durchschauende »Politisierung« einer »technischen Frage« zurückgewiesen, ja als Feigheit vor dem Feind verhöhnt: »Und dann haben sie noch nicht einmal den Mumm zu sagen: Wir sind in einer wirtschaftskriegerischen Auseinandersetzung mit euch und haben da auch unsere Möglichkeiten« (Habeck in den »Tagesthemen« am 25.7.22). So wird jeder Versuch der russischen Seite, Deutschland zur Mäßigung zu bewegen,



Den Wirtschaftskrieg zum Booster der Klimarettung machen Basis außenpolitischer Machtentfaltung an (der Wirtschaft)

Eine »Gaspreisanpassungsverordnung« verspricht den Importeuren einen Anspruch auf finanziellen Ausgleich ihrer Verluste,³ finanziert über eine »Gasbeschaffungsumlage«, die alle industriellen und privaten Gasverbraucher durch einen Aufschlag auf den Preis pro Kilowattstunde (kWh)



1. Habeck und Consorten streben die Energieautonomie als Minister im Solarpark in Lottorf)

Belastungen vor allem der weniger reichen Bürger will der Staat auf einmal nicht mehr, was sonst normal ist: An der von ihm selbst beschlossenen Verteuerung des Gases will er ausnahmsweise nicht mitverdienen wie sonst an jeder Transaktion. Weil er aber nach EU-Rechtslage auf die Mehrwertsteuer auch in diesem Fall nicht verzichten darf, halbiert die Regierung unter Olaf Scholz den Steuersatz auf den gesamten Gaspreis, so dass auf Kosten des Staatshaushalts die Bürger von dem Umlagebetrag nur noch weniger als die Hälfte berappen müssen.

Dann ist aber auch Schluss mit der als Übergangslösung gedachten Fürsorge des Staates für das Geschäft der Gasunternehmen. Für neue Verträge dürfen die Importeure schon ab dem 1. Mai keinen Verlustausgleich mehr beantragen, und wenn die alten Verträge ausgelaufen sind, gilt wieder, was außerhalb solcher Notlagen immer gilt: »Im Hinblick auf künftige Lieferverträge läge es in der Verantwortung der Gaslieferanten, die bestehenden Risiken ausreichend vertraglich abzubilden« (Referentenentwurf einer Verordnung zur Gasumlage, rgc-manager.de, 29.7.22), das heißt mit ihrer Erpressungsmacht dafür zu sorgen, dass ihre »Risiken« von den Kunden getragen, also bezahlt werden.

Mit der Rettung der Versorgungsunternehmen durch die Belastung der Endverbraucher ist die materielle Versorgung aber immer noch nicht gesichert. Der staatlich produzierte Energienotstand geht nämlich gar nicht in der Frage nach dem Preis auf: Eine stoffliche Knappheit wird für den Herbst prognostiziert, wenn der Gasverbrauch saisonbedingt wieder steigt und zu erwarten ist, dass Putin uns weiterhin die gewünschte Mitarbeit verweigert. Für diesen Fall hat die Regierung zusätzliche Maßnahmen in petto: neben der Befüllung der Gasspeicher das Gassparen. Dafür hat sie einen »Instrumentenkasten an marktlichen Instrumenten, die helfen können, den industriellen Gasverbrauch zu reduzieren« (Bundesnetzagentur, 20.6.22).

Zahlen und sparen

Die Regierung rechnet damit, dass industrielle Großverbraucher ihre in Gaslieferverträgen vereinbarten Bezugsmengen im kommenden Winter nicht benötigen werden – was nicht unrealistisch ist: Die gerissenen Lieferketten von vielerlei Vorprodukten und der vervielfältigte Gaspreis selbst machen an manchen Stellen das Produzieren teils unmöglich, teils unrentabel. Um das damit überflüssig gewordene Gas für die Sicherung der Gasversorgung zu nutzen, macht der deutsche Staat, der weiß, wofür ein Markt nur gut ist, aus dem allgemeinen Versorgungsproblem eine Geschäftsgelegenheit für die industriellen Gasverbraucher: Sie können aus ihren nicht benötigten Gasmengen ein »Regelenergieprodukt« machen, das auf dem »Regelenergiemarkt« in einer Auktion an die THE verkauft werden kann, die es dann zur Lösung von Versorgungsengpässen im Winter eventuell einspeichert. Das nennt man bei dieser Klientel dann »sparen«. So verrückt geht es zu, wenn noch in der höchsten Versorgungsnotlage der Markt seine sagenhafte Effizienz entfalten soll.

Die Bundesagentur rät dringend zur Annahme dieses Modells, da hier das freie Unternehmertum noch regiert; denn »wenn das Regelenergiepotential insgesamt ausgeschöpft ist und die Bundesnetzagentur Reduzierungen des Verbrauchs anordnet, wird dies nicht mehr möglich sein«. So warnt der Staat seine Wirtschaftsakteure vor einem »Instrument«, das er als Liebhaber der freien Konkurrenz unbedingt vermeiden will und dennoch als Ultima ratio in Anschlag bringt, wenn die Kapitalisten nicht die Leistung erbringen, die der Staat für das Funktionieren seines Kapitalismus braucht.

Für das nicht unrealistische »Horrorszenario« (Habeck), Gas staatlich rationieren zu müssen, kündigt der Wirtschaftsminister eine Änderung der für solche Fälle gesetzlich vorgeschriebenen Priorisierung an. Für den »länger andauernden Fall eines Gasausfalls« sieht er »keinen Sinn« darin, die Privatkunden mit ihrem Heizbedarf vorrangig zu bedienen. Der Sinn seiner Krisenpolitik, von deren Erfolg die Privathaushalte längst abhängig gemacht sind, ist eben die Verhinderung einer Rezession der deutschen Wirtschaft. Die Gasversorgung der Bevölkerung konkurriert mit jener der Wirtschaft; in Zeiten des Energiemangels wird gegen das Volk geltend gemacht, wovon es abhängt.

Für einige Wochen steht die Gaspreisumlage mit ihren Korrekturen und Nachbesserungen im

Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. An ihr wird bemerkt, problematisiert und gerechtfertigt, dass die Normalbürger, die Gas zum Heizen und Kochen brauchen, mit ihrem Geldbeutel für die Rettung der Gasimporteure geradestehen müssen. Ausgerechnet diese 2,4 Cent bzw. das, was von dieser Übergangsfinanzierung an den Verbrauchern hängenbleibt, sind der Aufreger; die viel größeren Belastungen aus den Preiserhöhungen, die bei Jahresverträgen den Endverbrauchern fortlaufend in Rechnung gestellt und die für Dauerverträge nächsten rechtlich ermöglicht werden, sind zwar als Härten anerkannt, müssen aber halt gezahlt werden. Die Normalität, dass der Lebensunterhalt der gewöhnlichen Leute immer das Reservoir an Zahlungsfähigkeit ist, die die Unternehmer für den gewinnträchtigen Absatz ihrer Waren in Anspruch nehmen, wird in demokratischen Gesellschaften als Notwendigkeit des Marktes respektiert. An der gibt es – anders als an den freien Entscheidungen der Politik – nichts zu deuteln.

Dass die politisch beschlossene Preiserhöhung auch notwendig und gerecht – und gerecht, weil notwendig – ist, begründet Begründungsminister Habeck gleich mehrfach: Erstens wird damit »die Versorgungssicherheit gesichert, dazu gibt es keine Alternative« (Pressekonferenz, 15.8.22), wenn diese nun einmal am Erfolg privater Unternehmen hängt. Zweitens achtet der Minister darauf, dass die begünstigten Firmen, die beim Abgreifen von (Staats-)Geld natürlich ihr Möglichstes tun, einer strengen Prüfung ihrer jeweiligen Ansprüche unterliegen, so »dass da keine Doppelung passiert, dass für das Durchleiten des Gases nicht noch einmal Extrakosten in Anschlag gebracht werden« (Pressekonferenz). Dass eine Trennung von legitimen Ansprüchen auf Rettung vor dem Konkurs und illegitimer Aneignung staatlich eingesamelter Gelder durch gar nicht gefährdete Firmen juristisch nicht oder kaum möglich ist, eröffnet die nächste Runde der Gerechtigkeitsdebatte. Drittens ist es definitiv ungerecht, dass der Staat mit der Umlage alle Gaskunden gleich belastet, unabhängig davon, ob ihr Versorger viel russisches Gas bezogen hat und nun teuren Ersatz beschaffen muss oder ob sein Gas aus anderen Quellen kommt und Zusatzkosten gar nicht anfallen. Die gesellschaftliche Solidarität, die der Staat da organisiert, rechtfertigt die Opfer, die er verlangt.

Allerdings weiß der Minister, dass sein »gerechtmöglichstes Modell« höchst ungleiche Wirkungen hat, die sein Gerechtigkeitsinn auch nicht ignorieren kann, so dass sich hier die nächste Aufgabe stellt: »Ich weiß, dass die Umlage auf sehr verschiedene Lebenslagen trifft. Für viele sind 400 Euro mehr im Jahr der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.« Die Armut, die in seinem schönen Land grassiert, kennt der Minister; über deren Verschärfung durch die staatliche Zusatzbelastung macht er sich auch nichts vor. Auch diese Not will staatlich verwaltet und geregelt sein: »Deswegen ist ein drittes Entlastungspaket notwendig, das gezielt entlastet.« Einen Vorschlag hat er schon: Für die Armen soll es ein – natürlich befristetes – »Moratorium für Energierechnungen« geben. Normalerweise werden Leuten, die nicht rechtzeitig zahlen, Gas, Strom und Wasser abgestellt. Das soll den vielen, die jetzt dafür in Frage kommen, nicht gleich blühen, sie sollen die Bedienung ihrer Zahlungspflichten aufschieben dürfen. Dafür möchte der »grüne« Minister die Energieversorger durch ein staatliches Machtwort in die Pflicht nehmen. Die Zahlungen müssen die Versorger natürlich nicht erlassen. Die eiserne Regel des »Do ut des« (Geben, um zu empfangen) hört auch dann nicht auf, wenn der Kunde vor dem Ruin steht.

Des weiteren müssen auch die Privatkunden ihren Beitrag zur Senkung des Gasverbrauchs leisten. Neben ein paar Verboten wie dem des Heizens von Pools und patriotischen Appellen zum Kurzduschen will und kann sich die Regierung auf den heilsamen Zwang der hohen Preise verlassen, die allen ins Haus stehen. Der Staat setzt auf die Alltagserfahrung, dass alle Bedürfnisse, die notwendigen und die selbstgewählten, durch das Geld, das sie kosten, gegeneinanderstehen. Weil die enorme Verteuerung eines Postens alle anderen in Mitleidenschaft zieht, wird das Herunterstellen der Heizung zur Existenznotwendigkeit, ganz ohne dass von oben – vorerst – durch Zuteilung des knappen Stoffs die »Freiheit des einzelnen« vergewaltigt wird.

So leistet bei den Endverbrauchern die marktwirtschaftliche »Vernunft« ihren guten Dienst zur Aufrechterhaltung der Energieversorgung. Dumm

nur, da sind sich Ökonomen einig, dass gerade die Ärmsten, bei denen diese Logik die größte Wirkung entfaltet, die Adressaten der »zielgerichteten« Hilfen zum Überleben sind und sein müssen. Am Ende machen Hilfen den (Energie-)Sparzwang wieder kaputt. Im Sinne des marktwirtschaftlichen Zynismus kommen Vorschläge ins Spiel, die beides verbinden, finanzielle »Abfederung« der hohen Kosten und die Nötigung zum Sparen: Zum Beispiel könnte, wer weniger verbraucht als bisher, mit einer Prämie »belohnt« werden.

Dieser Idee kann nun der »grüne« Wirtschaftsminister nichts abgewinnen. Dass auch bei armen Hilfeempfängern auf verstärktes Sparen zu achten ist, sieht er natürlich genauso, hält ausgerechnet in ihrem Fall materielle Anreize aber für eine Erziehung zur Verantwortungslosigkeit: »Die kriegst du nicht, Alter. Ich möchte auch nicht in einem Land leben, wo man sich nur für Geld bewegt.« Bei normalen Konsumenten fällt ihm der Geldmaterialismus glatt als Untugend auf, der er den Wert der Solidarität entgegengesetzt.

Der niedersächsische Ministerpräsident wiederum hat die geniale Idee, »Entlastung« und Sparzwang in einer Maßnahme zu verpacken und dabei die Armut noch für die gute Sache produktiv zu machen, die überhaupt durch den Wirtschaftskrieg und seine Folgen entscheidend vorankommt: »Ich finde die Idee interessant, insbesondere Menschen mit geringem Einkommen ein subventioniertes Energiegrundbudget zu einem gedeckelten Preis anzubieten. Was darüber hinausgeht, müsste dann mit einem höheren Preis bezahlt werden. Das wäre ein intelligenter Weg, finanzielle Entlastungen mit dem Kampf gegen den Klimawandel zu verbinden.« (Stephan Weil, Interview, greenpeace-magazin.de, 9.7.22)

Kollateraler Nutzen

Im Lichte der Energiewende haben die Anstrengungen, von »Putins Gas« unabhängig zu werden, und das politische Management der dadurch erzeugten Schäden einen höheren Sinn und Nutzen: Sie wirken wie ein Booster der Klimarettung und machen die einschlägigen Instrumente um so dringlicher. »Der Krieg, das Sterben, das Morden, die Brutalität in der Ukraine« halten für den Wirtschaftsminister insofern eine Lehre bereit, als sie »uns noch einmal deutlich vor Augen geführt haben, wie Energiepolitik auch Geopolitik ist.«⁴ Habecks starkes Argument für die Energiewende kehrt das Verhältnis um: Dem Umstieg auf erneuerbare Energien attestiert er Wert und Gewicht durch seine geopolitische Leistung, was deren rechten Kritikern jegliches Argument aus der Hand schlagen sollte. So stellt er nebenbei klar, was bei diesem großen Projekt Zweck und was bloßes Abfallprodukt ist: Der Kampf gegen das »Menschheitsproblem Klimakatastrophe« fällt an dieser Stelle zusammen mit dem Projekt, sich aus der Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen zu befreien, um die wirtschaftliche und politische Funktionsfähigkeit des russischen Staates zu zerstören. Die Wiederbelebung aller klima- und umweltschädlichen Energieformen, von Braun- und Steinkohle bis zum Frackinggas und der Atomkraft, im Kampf gegen das Böse ist deswegen auch kein Widerspruch zur angestrebten Energiewende, sondern Mittel zum eigentlichen Zweck: zur Energieautonomie als Basis außenpolitischer Machtentfaltung.

■ Anmerkungen

- 1 BMWK, Fortschrittsbericht Energiesicherheit (25.3.22)
- 2 EU-Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (2017/1938)
- 3 Insgesamt haben kurz nach Einführung der Verordnung zwölf Unternehmen bis dato circa 34 Milliarden Euro an Ausgleichsanspruch geltend gemacht.
- 4 »Energiepolitik dient auch der Sicherheit«, FAZ, 7.4.22

■ Theo Wentzke schrieb an dieser Stelle zuletzt am 18. August darüber, dass die Ukraine einen »Staatsgründungskrieg« führt: Fertige Nation werden.

■ Mehr zum Wirtschaftskrieg gegen Russland im neuen Heft 3/22 der Zeitschrift *Gegenstandspunkt*, das in der kommenden Woche erscheint. Bestellung unter www.gegenstandspunkt.com

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

Brüder im Zwist. Geschichte der Ukraine (Teil 1)

Von Harald Projanski

aufbringen müssen. Die zu erwartenden Ersatzkosten der Gasimporteure werden ermittelt, hoheitlich überprüft und mit 2,419 Cent plus Mehrwertsteuer pro kWh festgesetzt. Jetzt wird die Steuer von 0,23 Cent/kWh auf die Umlage zum groß herausgestellten Gerechtigkeitsproblem: Angesichts der